

# INKLUSIVES WACHSTUM

## DISCUSSION PAPER

Dezember 2017

Florian Ranft, Policy Network, London<sup>1</sup>

### Strukturwandel in Deutschland und Europa

11 Policy-Vorschläge für Inklusives Wachstum

**Nicht erst seit dem Wahlerfolg von Donald Trump und dem Brexit-Referendum ist die De-Industrialisierung von einzelnen Regionen ein politisches Thema. In Deutschland wird unter dem Begriff Strukturwandel seit geraumer Zeit über Veränderungen und Herausforderungen für Regionen und die dort lebenden Menschen diskutiert. Mit dem Abbau regionaler wie sozialer Ungleichheiten, guten Lebenschancen für alle Menschen, unabhängig vom Wohnort, und der vollen Entfaltung von Innovations- und Entwicklungspotenzialen liegen große Aufgaben vor uns. Für diese kann eine inklusive Wachstums- und Fortschrittsagenda der richtige Rahmen sein kann. In diesem Discussion Paper werden elf konkrete Policy-Vorschläge entwickelt, die einen Beitrag für die Gestaltung eines Wirtschaftsmodells für die Zukunft leisten können.**

### Einleitung

Europa befindet sich wieder auf Wachstumskurs und es zeigt sich Licht am Ende des Krisentunnels. 2017 ist das Bruttoinlandsprodukt in der EU-28 im Vergleich zum 3. Quartal 2016 um 2,5% gewachsen.<sup>2</sup> Auch in Deutschland zeichnen aktuelle Umfragen zum wirtschaftlichen Wohlbefinden ein zufriedenes Bild der Bevölkerung: So bewerten 86% der Bevölkerung ihre derzeitige wirtschaftliche Lage als gut, 12% hingegen als schlecht. Trotz dieser breiten Zufriedenheit mit der eigenen wirtschaftlichen Situation blicken viele Menschen

nicht positiv in die Zukunft und empfinden ein grundsätzliches Gefühl der Ungerechtigkeit: Eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung empfindet die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik als ungerecht und die soziale Ungerechtigkeit als zu groß. Zudem sehen lediglich 36% der Deutschen für ihre Kinder eine bessere Zukunft.<sup>3</sup>

Das Gefühl, dass es hierzulande und weltweit ungerechter zugeht, deckt sich mit wissenschaftlichen Befunden führender Ökonomen und Forschungsinstituten. Mittlerweile warnen auch „the big three“ (Internationaler

1. mit der Zuarbeit von Sophia Dietrich.  
2. vgl. Eurostat (2017) Preliminary flash estimate for the third quarter of 2017, 31. Oktober 2017. Verfügbar unter [http://europa.eu/rapid/press-release\\_STAT-17-4322\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_STAT-17-4322_en.htm)

3. vgl. Steffen Mau, Jan-Ocko Heuer (2016) Wachsende Ungleichheit als Gefahr für nachhaltiges Wachstum - Wie die Bevölkerung über soziale Unterschiede denkt. Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.

Währungsfond, Weltbank und OECD) vor den negativen Auswirkungen der globalen Ungleichheit. So machte Christine Lagarde, Chefin des IWF, im Januar 2017 in Davos deutlich: *“[w]ith lower growth, more inequality and much more transparency, you have the good ingredients for a crisis of the middle classes [a US term to describe working people] in the advanced economies”*.<sup>4</sup> Der nächste ökonomische Schock scheint nicht weit, vor allem wenn die grundlegenden Ursachen bestehender Ungleichheit nicht entschieden bekämpft werden.

---

**„Eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung empfindet die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik als ungerecht und die soziale Ungerechtigkeit als zu groß.“**

---

Beschleunigt durch Deindustrialisierung, Offshoring, regionale Ungleichgewichte, demographischen Wandel, Veränderungen in der Erwerbs- und Beschäftigungsstruktur sowie durch politische Krisen (etwa die globale Banken- und Finanzkrise ab 2007/08 und die Flüchtlingskrise 2015/16) stellen Teile der Bevölkerung die Gestaltungskapazitäten moderner Staaten und der sie prägenden Institutionen, Werte und Normen als Teil einer multilateralen und supranationalen Ordnung in Frage.

In einem sich entfaltenden politischen Rückzugsprozess finden Protestrufe nach protektionistischen Eingriffen in Wirtschaft und Gesellschaft in Teilen jener Bevölkerungsschichten – aber nicht ausschließlich dort – großes Gehör, die das Gefühl haben, nicht von der Globalisierung zu profitieren. „The left behind“ (The Economist), welche sich im „Verteilungskampf“ (Marcel Fratzscher) einer „Abstiegsgesellschaft“ (Oliver Nachtwey) ihrer politischen und sozialen Teilhabe beraubt fühlen, begehren europaweit auf. Die erstarkten nationalistischen und populistischen Kräfte in Europa und Nordamerika sind auch eine Folge aus der empfundenen sozio-ökonomischen und kulturellen Orientierungslosigkeit, welche durch den rasant voranschreitenden technologischen, geo- und klimapolitischen Wandel beschleunigt wird.

Gleichzeitig besteht ein eklatantes Ausmaß an Widersprüchlichkeit beim Umbau der westlichen Volkswirtschaften hin zu Niedrigemissionswirtschaftsräumen. Einerseits bezeugt das Pariser Klimaabkommen von 2015 – trotz des angekündigten Ausstiegs der USA – Einigkeit über das Ende fossiler Energieträger bis Mitte des Jahrhunderts. Andererseits fehlt es an Konzepten und politischem Mut, diesen Umbau zu gestalten. Dies eröffnet populistischen Kräften Spielräume, den Klimawandel zu leugnen und Arbeitsplätze gegen Klimaschutz auszuspielen. Diese Entwicklung ist fatal, denn es wird ausgeblendet, dass die Auswirkungen des Klimawandels auch in Europa in Form von Extremwetterereignissen erheblichen wirtschaftlichen Schaden verursachen, Lieferketten unterbrechen und die Wirtschaftskraft von Absatzmärkten schwächen können.

Wie beim Erfolg von Trump bei den US-Präsidentenwahlen 2016 die zurückgelassenen und strukturschwachen Regionen letztlich das Zünglein an der Waage waren, spielen auch in anderen Ländern neben sozio-kulturellen Einflüssen ökonomische Faktoren eine Rolle beim Erfolg von Rechtspopulisten.<sup>5</sup>

---

**„Zentrale Frage dabei ist, wie Strukturwandel in einer globalisierten Wirtschaft unter Berücksichtigung des politischen Handlungsrahmens gerecht, klimafreundlich und nachhaltig gestaltet werden kann.“**

---

Mit dieser Tragweite ökonomischer Umstände im Hintergrund möchte dieses Papier einen Debattenbeitrag zum Strukturwandel in Deutschland und Europa leisten, der nicht nur die Diskussion um wirtschaftlichen Fortschritt im nationalen Kontext aufgreift, sondern auch die internationalen Zusammenhänge der die Zeit prägenden ökonomischen, sozialen und politischen Herausforderungen aufdeckt. Auf Grundlage dieser Analyse liefert dieses Papier 11 Vorschläge für notwendige Reformen. Zentrale Frage dabei ist, wie Strukturwandel in einer globalisierten Wirtschaft unter Berücksichtigung des politischen Handlungsrahmens gerecht, klimafreundlich und nachhaltig gestaltet werden kann.

4. vgl. Larry Elliott (2017) Middle classes in crisis, IMF's Christine Lagarde tells Davos 2017. Verfügbar unter <https://www.theguardian.com/business/2017/jan/18/middle-classes-imf-christine-lagarde-davos-2017-joe-biden>

5. vgl. Luigi Guiso, Helios Herrera und Massimo Morelli (2017) Demand and Supply of Populism. Centre for Economic Policy Research (CEPR). London, UK.

Dabei bedeutet Strukturwandel, dass sich durch marktwirtschaftliche Dynamik das Verhältnis einzelner Wirtschaftssektoren zueinander und ihre wertmäßigen Beiträge am Sozialprodukt über Zeit verändert. In diesem Prozess können neue Technologien, Klimawandel oder Handelsbeziehungen beschleunigend wirken. Dieser Prozess bietet für Volkswirtschaften zum Teil hohes Entwicklungspotenzial, birgt aber auch Risiken hinsichtlich einer Vergrößerung sozialer und ökonomischer Ungleichgewichte.<sup>6</sup>

Leitbild und Anspruch des inklusiven Wachstumsmodells in der sozialen Marktwirtschaft und Handlungsrahmen für die Politik ist es, die volkswirtschaftliche Modernisierung so zu fördern, dass sich Wertschöpfung erhöht, gesellschaftlicher Zusammenhalt bestehen bleibt und möglichst breite Teile der Bevölkerung davon profitieren. Besondere Bedeutung kommt dabei einer leistungsfähigen Sozial-, Arbeitsmarkt-, Regional-, Städtebau- und Wohnungspolitik zu, die es vermag, zentraler Herausforderungen und negativer Auswirkungen des regionalen und industriellen Strukturwandels zu begegnen.

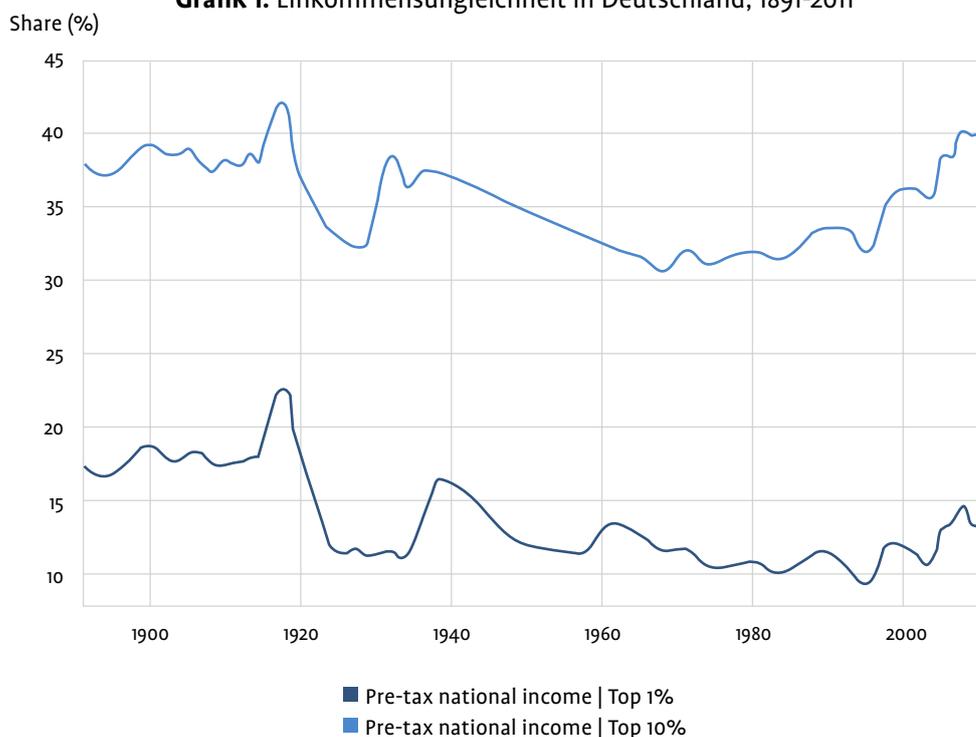
# I. Herausforderungen einer modernen Wirtschaftspolitik in Europa: Sieben Beobachtungen

Zur Beantwortung der Frage, welchen Anforderungen eine nachhaltige, inklusive und moderne Wirtschaftspolitik in Deutschland und Europa entsprechen sollte, muss eine Analyse der aktuellen sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen in Industrienationen vorangestellt werden. Es folgen sieben Beobachtungen, die die akademischen Debatten und gesellschaftliche Diskurse über die sich wandelnden Volkswirtschaften und Gesellschaften in Deutschland und Europa sowie das Gefühl der Ungerechtigkeit zusammenfassen.

## 1. BEOBACHTUNG: UNGLEICHHEIT DER EINKOMMEN UND VERMÖGEN

Seit den 1980er Jahren bis Mitte der 2000er Jahre hat die Einkommensungleichheit in Deutschland und Europa zugenommen (s. Grafik 1 für Deutschland).

**Grafik 1:** Einkommensungleichheit in Deutschland, 1891-2011



Quelle: World Wealth & Income Database (2011), Verfügbar unter: <http://wid.world/country/germany/>.

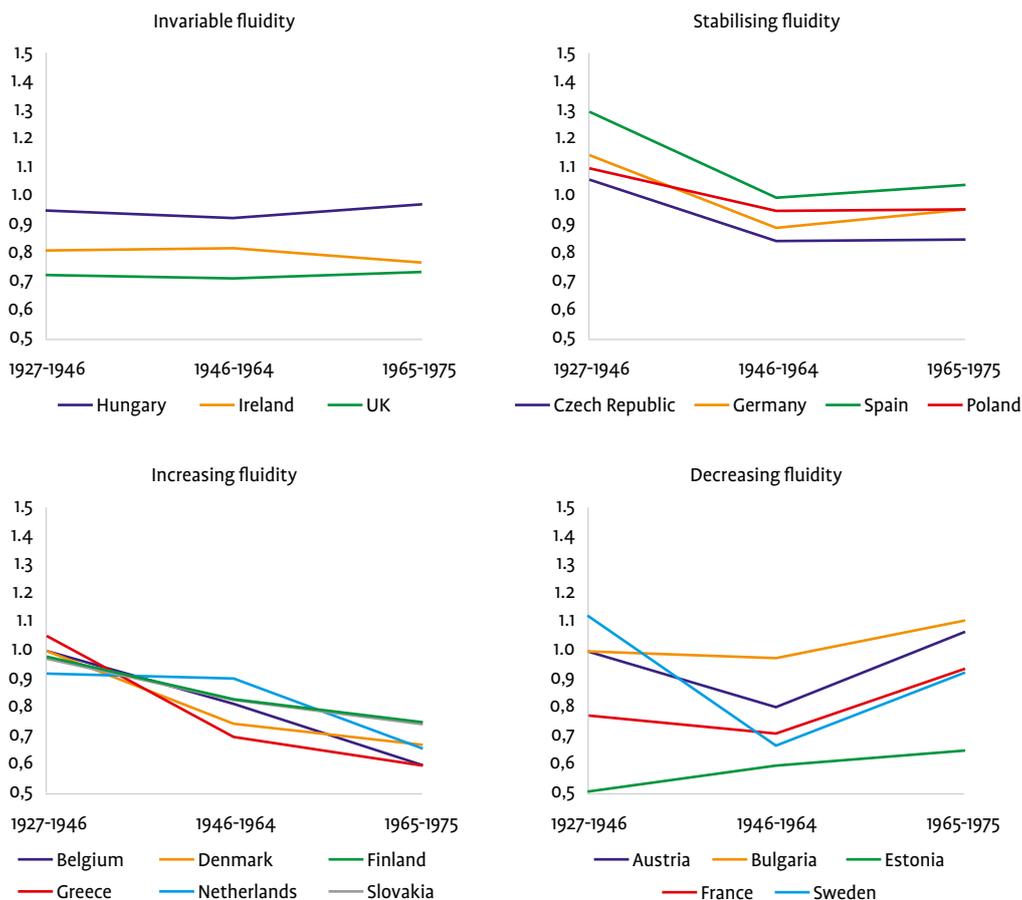
6. vgl. Luigi Guiso, Helios Herrera und Massimo Morelli (2017) Demand and Supply of Populism. Centre for Economic Policy Research (CEPR). London, UK.

Ausschlaggebend für diese Entwicklung in Deutschland ist weniger eine stark sinkende Lohnquote wie in den meisten anderen OECD-Ländern, sondern die Ausdifferenzierung der Lohnstruktur. Das wird vor allem an der zunehmenden Ungleichheit der Löhne im unteren und oberen Teil der Lohnverteilung deutlich, die sich seit Beginn der 1990er Jahre beobachten lässt. Als Gründe dafür gelten eine zunehmende Polarisierung des Arbeitsmarkts durch neue Technologien und – wenn auch in geringerem Maße – ein Rückgang der Tarifbindung.<sup>7</sup> Zur Erklärung der beträchtlichen Schwankungen der Lohnquote in Deutschland betonen Studien den Effekt des sektoralen Strukturwandels, wobei das produzierende Gewerbe erheblich an Gewicht im Vergleich zum Dienstleistungssektor verloren hat.<sup>8</sup>

**„Auch in Deutschland ist eine konstante Ungleichverteilung von Vermögen festzustellen, die sich in den vergangenen Jahren wenig oder kaum verändert hat.“**

Im internationalen Vergleich werden als Gründe für die sinkende Lohnquote der kapitalvermehrnde technische Fortschritt, demografische Entwicklungen und die zunehmende internationale Verflechtung der Märkte und Gesellschaften gesehen.<sup>9</sup>

**Grafik 2:** Intergenerationale Mobilität in ausgewählten Ländern, 1927-1975



**Note:** Values shown are Unidiff coefficients. Respondents were aged 35-75. Portugal and Slovenia are not shown because they have a low-high-low pattern that differs from all the groups above | Quelle: ESS, waves 1-5, covering 2002-2010; authors' own calculations. Eurofound (2017) Social mobility in the EU. Publications Office of the European Union, Luxembourg.

7. vgl. Dirk Antonczyk, Bernd Fitzenberger, Katrin Sommerfeld (2010) Anstieg der Lohnungleichheit, Rückgang der Tarifbindung und Polarisierung. In: Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung, 1-2/44.  
 8. vgl. Alfonso Arpaia, Esther Pérez, Karl Pichelmann (2009) Understanding Labour Income Share Dynamics in Europe. In: Europäische Kommission (2009) Economic Papers 379.

9. vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der Gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Hrsg.) (2012) Stabile Architektur für Europa - Handlungsbedarf im Inland. Jahresgutachten 2012/13. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

Ähnlich der Einkommensverhältnisse hat sich in den vergangenen Jahrzehnten die Verteilung der Vermögen entwickelt, wobei die Ungleichheit innerhalb der führenden Industrienationen seit Mitte der 1980er Jahre stetig zugenommen hat, jedoch seit der globalen Banken- und Finanzkrise gebremst wird.<sup>10</sup> Auch in Deutschland ist eine konstante Ungleichverteilung von Vermögen festzustellen, die sich in den vergangenen Jahren wenig oder kaum verändert hat. Nimmt man den Gini-Koeffizienten als Vergleichsmaß belegt Deutschland mit 0.78 in der Eurozone die Spitzenposition bei der Vermögensungleichheit. Mit Blick auf die oberen 10% zeigt sich, dass die Person am unteren Ende dieser Gruppe 13-mal so viel Nettovermögen besitzt, wie jemand der in der Mitte dieser Verteilung liegt. Deutlich wird auch, dass Ungleichheit nicht nur im internationalen sondern auch im nationalen Vergleich eine gewichtige Rolle spielt: Ein Vierteljahrhundert nach der deutschen Einheit hat eine Person im Osten der Republik weniger als die Hälfte des Nettovermögens von Menschen im Westen der Republik.<sup>11</sup>

## 2. BEOBACHTUNG: SOZIALE MOBILITÄT STAGNIERT

Ergänzt werden Vermögens- und Einkommensungleichheit im internationalen Vergleich durch eine sinkende oder bestenfalls stagnierende soziale Mobilität. Standen die Wirtschaftsnationen in Westeuropa in den Jahrzehnten nach dem II. Weltkrieg für sozialen Aufstieg und Teilhabe an wirtschaftlicher Prosperität, haben sich die Voraussetzungen dafür für breite Teile der Bevölkerung erheblich verändert.

Intergenerationale soziale Mobilität beschreibt die Wahrscheinlichkeit, dass die Kinder von Eltern einer anderen (höheren oder niedrigeren) Einkommens- und Ausbildungsstufe angehören. In Belgien, Dänemark, Finnland, Griechenland, Niederlande und Slowakei hat soziale Mobilität zwischen 1927 und 1975 zugenommen, während sie in Bulgarien, Österreich, Frankreich und Schweden abgenommen hat (s. *Grafik 2*). In Deutschland

ist die Wahrscheinlichkeit des Auf- oder Abstiegs von Individuen und Gruppen sozialer Schichten zwischen 1927 und 1975 relativ konstant geblieben.

---

**„Im Rahmen der Betrachtung von Einkommensungleichheiten fällt jedoch auf, dass die steigende Ungleichheit am unteren Ende der Lohnverteilung von einer gesunkenen Einkommens- und Lohnmobilität ergänzt wird.“**

---

Im Rahmen der Betrachtung von Einkommensungleichheiten fällt jedoch auf, dass die steigende Ungleichheit am unteren Ende der Lohnverteilung von einer gesunkenen Einkommens- und Lohnmobilität ergänzt wird.<sup>12</sup> Der soziale Aufstieg durch die Einkommensschichten fällt schwerer, ein Befund den auch aktuelle Studien zu Großbritannien bestätigen. Dort haben es lediglich 17% der Arbeitnehmer geschafft, aus der niedrigsten Einkommensklasse zu entkommen.<sup>13</sup> Hinzu kommt, dass auch regionale Faktoren einen erheblichen Einfluss auf soziale Mobilität nehmen.<sup>14</sup>

## 3. BEOBACHTUNG: MITTELSCHICHTEN IN INDUSTRIENATIONEN UNTER DRUCK

Die genauere Betrachtung der globalen Einkommensverteilung zeigt, dass die Einkommensgewinne der Globalisierung ungleich verteilt sind (s. *Grafik 3*). Ein erheblicher Teil der Mittelschicht in den westlichen Industrieländern gehört dem 75. und dem 85. Perzentil der Welteinkommensverteilung an.

Es zeigt sich, dass die (unteren) Mittelschichten führender Industrienationen relativ weniger von der Globalisierung zwischen 1988 und 2017 profitiert haben. Ihr Einkommen (die Verteilung gleicht der Form eines Elefanten) ist über die intensive Globalisierungsphase der letzten beiden Jahrzehnte wenig bis praktisch gar

10. vgl. Jan Behringer, Thomas Theobald, Till van Treeck (2014) Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland: Eine makroökonomische Sicht, Düsseldorf.

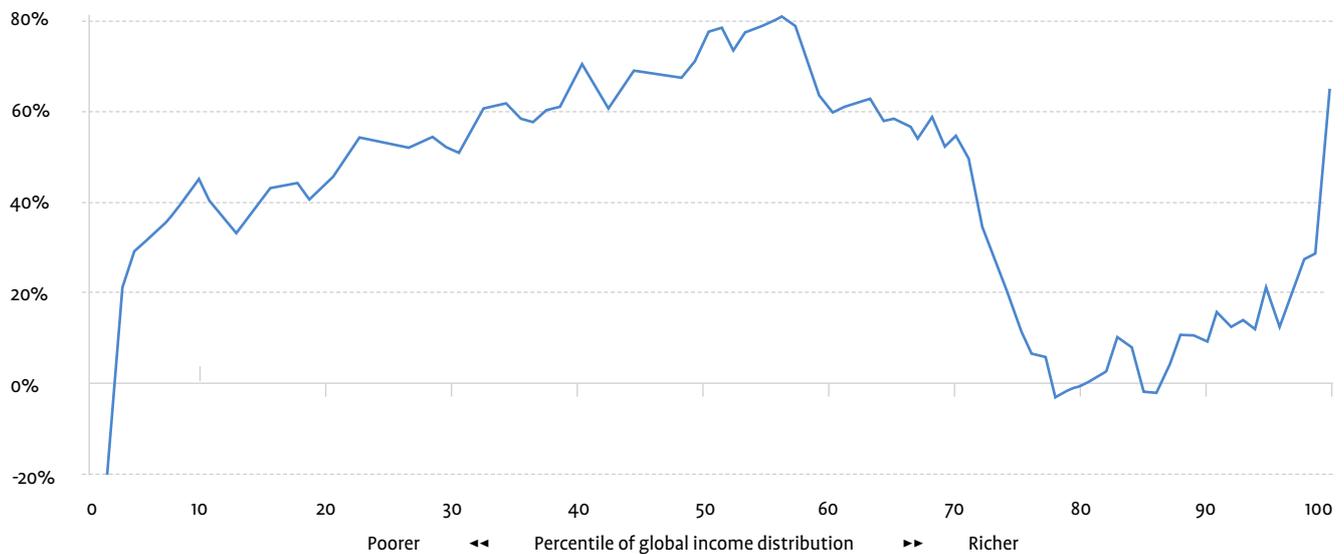
11. vgl. Markus M. Grabka und Christian Westermeier (2014) Anhaltend hohe Vermögensungleichheit in Deutschland. In: DIW Wochenbericht 9/2014. DIW, Berlin.

12. vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der Gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Hrsg.) (2011) Herausforderungen des demografischen Wandels. Expertise, Sachverständigenrat zur Begutachtung der Gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

13. vgl. Conor D'Arcy und David Finch (2017) The Great Escape? Low pay and progression in the UK's labour market. Social Mobility Commission, London.

14. vgl. Social Mobility Commission (2017) State of the Nation 2017: Social Mobility in Great Britain. London, UK.

**Grafik 3:** Der Elefanten-Effekt der Einkommenszuwächse, 1988-2008



Replication of the Lakner-Milanovic global growth incidence curve ('elephant curve');  
 Growth in average per capita household income of each percentile group | Note: Axis is cut off at negative 20 per cent  
 Quelle: „Examining an Elephant“, Adam Corlett (2016) / RF analysis of Lakner-Milanovic World Panel Income Distribution

nicht gestiegen. Absolut betrachtet ist das Einkommen dieser Mittelschicht in Westeuropa, Nordamerika, Ozeanien und Japan immer noch größer als das der Mittelschichten in den Schwellenländern (voran China, aber auch Indien, Indonesien, Vietnam, u.a.), deren Einkommen im Beobachtungszeitraum stark gestiegen sind. Relativ betrachtet haben die Einkommen in den Mittelschichten der traditionellen Industrienationen aber abgenommen. Die Ursachen für diesen statistischen Effekt finden sich in der außergewöhnlichen quantitativen (und im Hinblick auf Einkommen qualitativen) Expansion der Mittelschicht in China, dem Bevölkerungszuwachs in ärmeren Ländern und bedeutsamen statistischen Ausreißern nach unten, wie etwa Japan und den ehemaligen sowjetischen Satellitenstaaten.<sup>15</sup>

**4. BEOBACHTUNG:  
 ENTKOPPLUNG VON PRODUKTIVITÄT UND LÖHNEN**

Als Garant für steigende Löhne galt lange Zeit, dass die Produktionssteigerungen an die Arbeitnehmer weitergegeben wurden. Diese Koppelung hat sich in den OECD-Ländern seit Mitte der 1970er Jahre gelockert oder wie etwa in den USA weitestgehend aufgelöst.<sup>16</sup>

15. vgl. Adam Corlett (2016) Examining an elephant globalisation and the lower middle class of the rich world. Resolution Foundation, London.  
 16. vgl. Economic Policy Institute (2017) The Productivity-Pay Gap. Verfügbar unter <http://www.epi.org/productivity-pay-gap/>

**„Höhere Produktivität wird nicht mehr direkt entlohnt, was für weite Teile der Bevölkerung bedeutet, dass die Löhne inflationsbereinigt nicht mehr ansteigen und eine Verschlechterung der Lebensverhältnisse spürbar wird.“**

Höhere Produktivität wird nicht mehr direkt entlohnt, was für weite Teile der Bevölkerung bedeutet, dass die Löhne inflationsbereinigt nicht mehr ansteigen und eine Verschlechterung der Lebensverhältnisse spürbar wird.<sup>17</sup>

**5. BEOBACHTUNG:  
 MANGELNDES INNOVATIONSNIVEAU**

Die globale Wachstumsrate des Innovationsniveaus tendiert bereits im dritten Jahr in Folge gegen Null. Verglichen mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate von 1% in den Jahren von 1999 bis 2006 und einer Wachstumsrate von 0,5% zwischen 2007 und 2012 bestätigen

17. vgl. Cyrille Schwellnus, Andreas Kappeler, Pierre-Alain Pionnier (2017) Decoupling of Wages from Productivity: Macro-level Facts. In: Working Papers 1373, Economics Department. OECD, Paris.

diese Zahlen einen anhaltenden Abwärtstrend.<sup>18</sup> Die Zahlen für Deutschland liegen mit 0,4% in 2015 knapp unter dem globalen Durchschnitt, womit es in bester Gesellschaft von anderen Industrienationen wie in den USA (0%), Japan (0,1%), Italien (0,1%) oder Großbritannien (0,1%) ist. In China war das Innovationsniveau in 2015 mit -2,1% rückläufig, ebenso wie in Frankreich (-0,2%), Südkorea (-0,2%) oder Kanada (-1%).

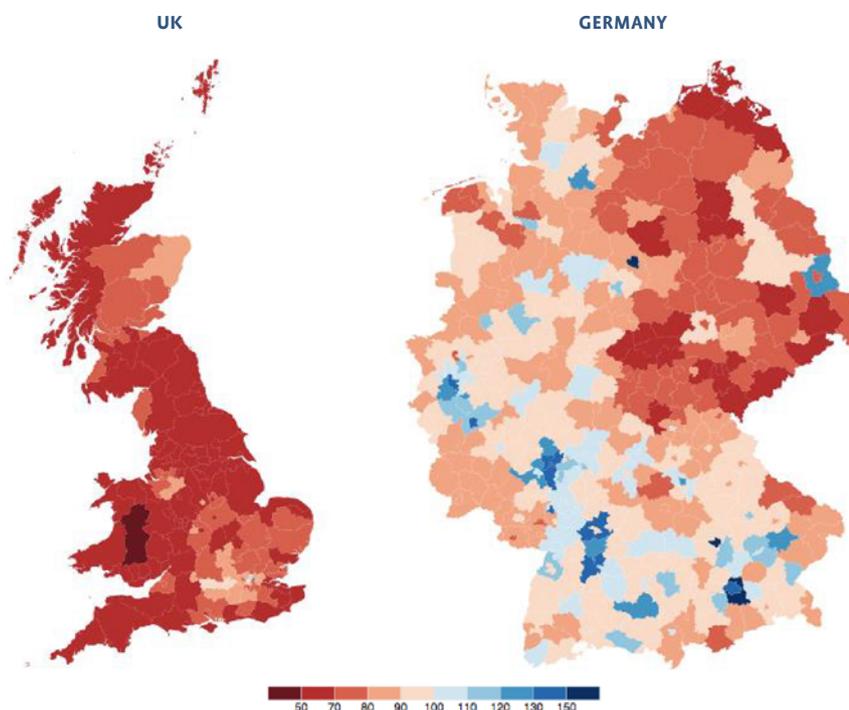
## 6. BEOBACHTUNG: REGIONALE UNTERSCHIEDE

Zentral beim Thema Strukturwandel ist die Frage, wie sich einzelne Regionen über Zeit entwickeln und wie stark diese Differenzen im Vergleich mit anderen Regionen sind. In einer Studie analysierten Jens Südekum und Wolfgang Dauth Regionen in Westdeutschland anhand des regionalen Beschäftigungswachstums und der sektoralen Zusammensetzung.<sup>19</sup> Zu den Verlierern gehören Regionen, in denen importkonkurrierende Branchen überwiegen, so etwa die Schwerindustrie im Ruhrgebiet oder textilverarbeitendes Gewerbe in der

Pfalz. Zu den Gewinnern gehören Regionen, in denen Produkte hergestellt werden, die einen komparativen Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Ländern genießen, wie z.B. in der Automobil- und Pharmaindustrie. Diese finden sich vor allem in Bayern und Baden-Württemberg.<sup>20</sup>

Auch hinsichtlich der Produktivität der Bruttowertschöpfung werden innerhalb und zwischen Industrienationen gewichtige Unterschiede deutlich (s. Grafik 4). Dabei fällt auf, dass Großbritannien lediglich im Großraum London an das deutsche Produktivitätsniveau heranreicht. In Deutschland gibt es mehrere Regionen (u.a. Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Nordrhein-Westfalen), die über dem nationalen Durchschnitt liegen. Es wird zugleich deutlich, dass die regionale Ungleichheit zwischen West- und Ostdeutschland bis auf wenige Ausnahmen noch stärker ausgeprägt ist als in Großbritannien.

**Grafik 4:** Regionale Unterschiede der Produktivität in UK & GER pro Stunde auf NUTS3-Ebene, 2014.



Quelle: Sandra Bernick, Richard Davies und Anna Valero (2017) *Industry in Britain – An Atlas, Special Paper No. 34*, Centre for Economic Performance, LSE, London, S. 43, gemessen am durchschnittlichen deutschen Produktivitätsniveaus (Bezugswert = 100).

18. vgl. Bart van Ark, Abdul Erumban (2015) *The Conference Board: Productivity Brief 2015*. The Conference Board, New York.

19. vgl. Wolfgang Dauth, Jens Südekum (2015) *Globalization and local profiles of economic growth and industrial change*. In: *Journal of Economic Geography*, 16 (5).

20. vgl. Jens Südekum, Wolfgang Dauth, Sebastian Findeisen (2017) *Verlierer(-regionen) der Globalisierung in Deutschland: Wer? Warum? Was tun?* In: *Wirtschaftsdienst* 1/2017.

---

**„Zu den Regionen mit sehr stark unterdurchschnittlichen Lebensverhältnissen gehören vor allem ländlich periphere Wirtschaftsräume in Ost und West sowie urbane altindustrielle Regionen wie das Ruhrgebiet.“**

---

Dies ist eine wichtige Ergänzung zu den Studien von Dauth und Südekum mit Fokus auf den alten Bundesländern. Auch eine Studie des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Auftrag der Bundesregierung bestätigt die Diskrepanz zwischen West und Ost im Hinblick auf soziale und wirtschaftliche Lebensbedingungen (wirtschaftliche Situation, das Vorhandensein von zukunftsfähigen Branchen, Wohnungsmarkt, Arbeitslosigkeit, qualifizierte Ausbildungs- und Arbeitsplätze etc.).<sup>21</sup> Zu den Regionen mit sehr stark unterdurchschnittlichen Lebensverhältnissen gehören vor allem ländlich periphere Wirtschaftsräume in Ost und West sowie urbane altindustrielle Regionen wie das Ruhrgebiet.

#### **7. BEOBACHTUNG: INNOVATIONSPOTENTIAL DER NIEDRIGEMISSIONS- WIRTSCHAFT BLEIBEN UNGENUTZT**

Die „low carbon economy“ bedroht etablierte Branchen wie die fossile Energieerzeugung, Teile der Schwerindustrie und die auf dem Verbrennungsmotor basierende Automobilindustrie. Gleichzeitig werden sich Innovationen in der Energiebranche – hin zu erneuerbaren Energien, Smart Grids, Energie-Großspeichern etc. – im Zuge fortschreitender Digitalisierung des Energiesektors ausbreiten. Diese Entwicklung sollte auf EU- oder nationalstaatlicher Ebene proaktiver gestaltet werden. So bleibt das von der EU-Kommission vorgeschlagene Maßnahmenpaket „Clean Energy for all Europeans“<sup>22</sup> in der Umsetzung hinter seinen Potentialen zurück.<sup>23</sup> Gründe dafür sind u.a. die

21. vgl. Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2017) Regionen mit stark unterdurchschnittlichen Lebensverhältnissen. Verfügbar unter <http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Raumentwicklung/RaumentwicklungDeutschland/Projekte/abgehaengte-regionen/abgehaengte-regionen.html>

22. vgl. European Commission (2016) Clean Energy for All Europeans. Verfügbar unter <https://ec.europa.eu/energy/en/topics/energy-strategy-and-energy-union/clean-energy-all-europeans>

23. vgl. Manon Dufour (2017) Scenarios for the Clean Energy Package Negotiations: Ingredients for a 5-Start Outcome. Verfügbar unter <https://www.e3g.org/library/scenarios-for-the-clean-energy-package-negotiations-ingredients-for-a-5-sta>

Widerstände der Betroffenen, aber auch die mangelhafte Priorisierung der Klimapolitik auf der politischen Agenda. Das behindert Europa, die Transformation der Weltwirtschaft aktiv mitzugestalten und so zum Leitmarkt für kohlenstoffarme technologische Lösungen zu werden.

## **II. Strukturwandel gerecht und nachhaltig gestalten: 11 Policy-Vorschläge**

Um trotz Strukturwandel Wachstum sicherzustellen, das nachhaltig und inklusiv gestaltet ist, werden im Folgenden 11 Vorschläge formuliert, die diesen Zielen dienen.

#### **VORSCHLAG 1: TECHNOLOGISCHEN WANDEL ANNEHMEN, NICHT VERWEIGERN**

Die digitale Transformation bietet modernen Ökonomen sowohl Möglichkeiten als auch Risiken. Gegenwarts- und Zukunftstechnologien, wie künstliche Intelligenz, industrielle Automatisierung und Robotisierung, autonome Fahrzeuge, „big data“ und dem „internet of things“ stehen „Nebenwirkungen“ wie eine stärkere Polarisierung des Arbeitsmarktes, die Reproduktion sozialer Ungleichheiten im Netz und eine stärkere Belastung von Sozialversicherungssystemen durch die Flexibilisierung von Arbeitsverhältnissen gegenüber. Wichtig ist die aktive Gestaltung eines digitalen Ordnungsrahmens. Dieser muss einerseits für fairen Wettbewerb sorgen und gleichzeitig Verbraucherinteressen schützen sowie die Digitalisierungspotentiale in der Arbeitswelt in einem Interessenausgleich von ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen ausschöpfen.

---

**„Wichtig ist die aktive Gestaltung eines digitalen Ordnungsrahmens.“**

---

#### **VORSCHLAG 2: REGULATORISCHE BARRIEREN ABBAUEN, ABER SOZIALSTANDARDS BEWAHREN**

Neue Technologien bieten vor allem in der Dienstleistungs- und Servicebranche Wachstums-, Beschäftigungs- und Produktivitätssteigerungen. In diesen

Sektoren haben ArbeitnehmerInnen in Europa in den vergangenen Jahren kaum von höheren Löhnen profitieren können, auch weil Produktivität und Innovationsniveau auf einem im Vergleich zu den USA und Japan geringem Niveau verharren. Bisher verstoßen innovative Geschäftsmodelle, wie etwa Uber oder Airbnb, in zahlreichen EU-Ländern gegen bestehendes Ordnungs- und Gewerberecht und mitunter Sozialgesetze. Hier bedarf es den regulatorischen Rahmen so anzupassen, dass Arbeits- und Sozialstandards nicht unterwandert und ein fairer Wettbewerb gewährleistet werden, aber sich das Wachstumspotential neuer Technologien auch entfalten kann.

Über kurz oder lang gehört dazu auch eine differenzierte Auseinandersetzung der Politik mit einem möglichen gesetzgeberischen Rahmen für neue Technologien in der Sharing Economy, welche den Handel von gebrauchten Gütern oder das Teilen von Dienstleistungen ermöglichen. Diese versprechen vor allem Produktivitätszuwächse in der Dienstleistungsbranche, die in Deutschland traditionell geprägt ist von „Wachstums-skepsis und dem Glauben, Wohlstand entspringe primär der Industrie“.<sup>24</sup>

---

### „Im digitalen Binnenmarkt schlummert gehöriges Wachstumspotential.“

---

#### VORSCHLAG 3: EU-HANDEL MIT DIGITALEN BINNENMARKT FÖRDERN

Um die bisherigen Vorschläge zu realisieren muss auch der digitale Binnenmarkt in der EU realisiert werden. Im Schnitt dominieren den Internethandel in Frankreich, Spanien, Deutschland und den Niederlanden vor allem nationale und US-amerikanische Unternehmen mit 31-44% bzw. 47%-53% Anteil am Gesamtumsatz im Online-Handel.<sup>25</sup> Unternehmen aus anderen EU-Mitgliedstaaten haben in den ausgewählten Ländern lediglich einen Marktanteil zwischen 4%-15%. Im digitalen Binnenmarkt schlummert gehöriges Wachstumspotential. Um dieses zu heben, bedarf es auch einer

Harmonisierung des Urheberrechts, freien Datenflusses (mit ausreichender Haftung bei Datenprodukten und -diensten) und firmenübergreifender Datenübertragbarkeit.

#### VORSCHLAG 4: SOZIALSTAAT ÜBERDENKEN UND AN ARBEITSWELT ANPASSEN

Technologischer Fortschritt stellt nicht nur im Bereich von Wettbewerbs- und Arbeitsgesetzen existierende Regelungen auf den Prüfstand. Die öffentliche Debatte um die Konsequenzen zunehmender Automatisierung und Robotisierung dreht sich vor allem um Risiken und um die Frage, ob künstliche Intelligenz die Arbeitslosigkeit in die Höhe treiben wird. Weniger Beachtung finden dagegen die Auswirkungen von neuen Technologien auf bestehende Arbeit (Augmentation) und bestmögliche Wege zur Schaffung von neuen Jobs in der digitalen Wirtschaft.<sup>26</sup>

---

### „Setzt sich der Trend fort, dass die Digitalisierung von Berufen hauptsächlich die Mittelschicht betreffen wird, so ist gut daran getan, die Grundpfeiler des Sozialstaats und deren Absicherung für die Zukunft zu überdenken.“

---

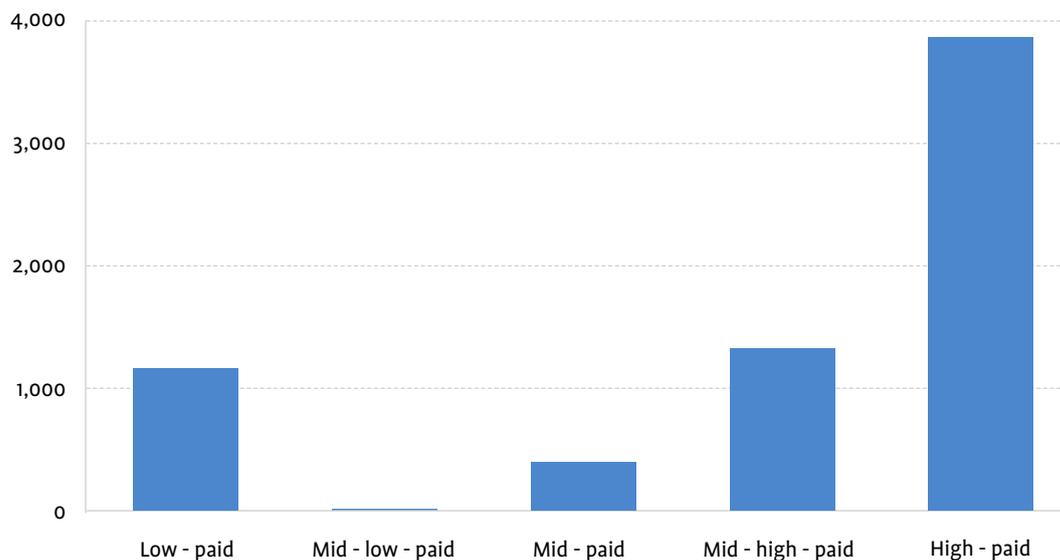
Fakt ist, dass Arbeitswelt und -markt von morgen anders aussehen werden als heute – es wird digitaler, dynamischer und flexibler zugehen. Auch gibt es empirische Hinweise, dass in der EU weniger Jobs für mittlere Einkommen entstehen könnten, sondern vornehmend für Niedrig- und Höchstverdiener (s. Grafik 5), was möglicherweise bereits auf die Verbreitung neuer Technologien zurückgeführt werden kann.<sup>27</sup> Setzt sich der Trend fort, dass die Digitalisierung von Berufen hauptsächlich die Mittelschicht betreffen wird, so ist gut daran getan, die Grundpfeiler des Sozialstaats und deren Absicherung für die Zukunft zu überdenken.

24. vgl. Michael Dauderstädt (2012) Produktivität im Dienstleistungssektor: Eine Grenze des Wachstums? In: Wirtschaftsdienst 1/2012.

25. vgl. Julia Charrié, Janin Lionel (2015) Le numérique Comment réguler une économie sans frontières? Verfügbar unter [http://www.strategie.gouv.fr/sites/strategie.gouv.fr/files/atoms/files/note\\_danalyse\\_n35\\_-15\\_10\\_16\\_h\\_30.pdf](http://www.strategie.gouv.fr/sites/strategie.gouv.fr/files/atoms/files/note_danalyse_n35_-15_10_16_h_30.pdf)

26. vgl. Henning Meyer (2017) Understanding the digital revolution and what it means: What are the dimensions and the impacts of the current technological changes? Verfügbar unter <https://www.oecd-forum.org/users/52524-henning-meyer/posts/17957-understanding-the-digital-revolution-and-what-it-means>

27. vgl. Maarten Goos, Alan Manning, Anna Salomons (2014) Explaining Job Polarization: Routine-Biased Technological Change and Offshoring. In: American Economic Review 2014, 8/104.

**Grafik 5:** Nettoveränderung Beschäftigung (in tausend) per Einkommensquintil, EU, 2011 Q2–2016 Q2

Quelle: Eurofound (2017) Occupational change and wage inequality: European Jobs Monitor 2017.

Eine „Soziale Marktwirtschaft 4.0“<sup>28</sup> sollte ArbeiternehmerInnen zukünftig besser zu lebenslangem und lebensbegleitendem Lernen befähigen, unabhängig von Alter, Bildungsgrad und Betriebsgröße.<sup>29</sup> Ein prüfbarer Vorschlag wäre ein Erwerbstätigenkonto mit steuerfinanziertem Startkapital, wie es derzeit in Frankreich von Präsident Macron diskutiert und reformiert wird. Auch ist es angebracht zu hinterfragen, ob die nach Berufsgruppen differenzierten Sicherungssysteme noch zeitgemäß sind und man nicht auch Selbstständige in der „gig economy“ in den Vorsorgemaßnahmen mitdenken sollte.

#### **VORSCHLAG 5: STEUERMODELLE FÜR DAS DIGITALE ZEITALTER FIT MACHEN**

Die existierenden Steuermodelle datieren aus dem 19. Jahrhundert, einer Zeit der Massenproduktion. Daher reflektieren sie die Realitäten von Geschäftsmodellen aus der ersten industriellen Revolution. So beruht die Idee von geringen Erbschaftssteuern, wie wir sie fast überall in Europa und Nordamerika vorfinden, auf der Prämisse, dass Know-how in Familienunternehmen an folgende Generationen weitergereicht werden kann,

28. vgl. Bert Rürup (2016) Soziale Marktwirtschaft 4.0. In: Klaas Hübner, Marc Meinardus (Hrsg.) (2016) Verantwortung übernehmen – Soziale Marktwirtschaft gestalten – 25 Jahre Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung. Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.

29. Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2017) Weißbuch Arbeiten 4.0. Verfügbar unter: <http://www.bmas.de/DE/Service/Medien/Publikationen/a883-weissbuch.html>

ohne die finanzielle Existenz des Unternehmens in Gefahr zu bringen. Auch die Besteuerung international agierender Großunternehmen bedarf internationaler politischer Lösungen. Vor allem Vorteile gegenüber kleineren, heimischen Unternehmen durch Niedrigsteuermodelle sollte ein Ende haben, um gerechte und gleiche Wettbewerbsbedingungen herzustellen.

Im digitalen Zeitalter (in dem unternehmerischer Erfolg von Marktkonzentration und Risikokapital abzuhängen scheint) droht sich die Schere zwischen Arbeits- und Kapitalerträgen weiter auseinander zu bewegen.<sup>30</sup> Eine Möglichkeit zur Gegensteuerung bieten z.B. Modelle mit stärkerer Gewinnbeteiligung von ArbeitnehmerInnen. Im Gegenzug könnte man niedrige Einkommen bei der Einkommensteuer und ggf. bei den Sozialabgaben entlasten.

#### **VORSCHLAG 6: KREATIVITÄT IM BILDUNGSSYSTEM FÖRDERN**

Bildung für alle – von der Kita bis zur Uni – ist eine der wirksamsten Maßnahmen, um soziale Mobilität zu fördern, Ungleichheiten zu verringern und wirtschaftliche Prosperität in Deutschland und Europa zu sichern. Das gehört mittlerweile zum Konsens in allen politischen Lagern.

30. vgl. David Autor, David Dorn, Lawrence F. Katz, Christina Patterson, John Van Reenen (2017) Fall of the Labour Share and the Rise of Superstar Firms. Verfügbar unter <http://www.nber.org/papers/w23396>

---

**„Bildung für alle – von der Kita bis zur Uni – ist eine der wirksamsten Maßnahmen, um soziale Mobilität zu fördern, Ungleichheiten zu verringern und wirtschaftliche Prosperität in Deutschland und Europa zu sichern.“**

---

Hingegen weniger Beachtung findet die Debatte, an welchen Inhalten sich ein modernes Bildungssystem orientieren sollte. Angesichts der Veränderungen, denen sich ArbeitnehmerInnen im Berufsleben stellen müssen, wird es zunehmend bedeutend sein, dass Kreativität und Flexibilität Teil der Lehrpläne in allen Bildungseinrichtungen werden.

**VORSCHLAG 7: RAHMENBEDINGUNGEN FÜR WAGNISKAPITAL VERBESSERN**

Laut Fortune Global findet sich unter den weltweit 15 größten Tech-Branchenführern kein Unternehmen aus Europa. Neun davon kommen aus den USA. Gründe dafür werden vor allem in der Finanzierungslücke für europäische Unternehmen gesehen, da hier kleinen und mittleren Unternehmen die Akquise von privaten Wagniskapital besonders schwerfällt. Zum anderen neigen US-amerikanische Investoren dazu, 75% mehr Kapital für junge innovative Unternehmen zu bieten, wodurch es viele mittelständische Unternehmen in die USA zieht, wo sie dann auch später an die Börse gehen. Mögliche Gegenmaßnahmen wären eine Steuerbefreiung für den Wagniskapital INVEST-Zuschuss<sup>31</sup> und eine Ausnahme von Streubesitzbesteuerung für Startups, wenn im Gegenzug die MitarbeiterInnen am Firmenkapital des Unternehmens beteiligt werden.

**VORSCHLAG 8: RAHMENBEDINGUNGEN FÜR MODERNE MOBILITÄTSKONZEPTE VERBESSERN UND BREITEREN GESELLSCHAFTLICHEN WANDEL BEHANDELN**

Angesichts der Auswirkungen von „Dieselgate“ und der Klagen gegen Städte, die die Einhaltung von Grenzwerten für das gesundheitsschädliche Stickstoffdioxid

nicht gewährleisten können,<sup>32</sup> ist ein Umlenken in der Automobilwirtschaft mehr als überfällig. Bundesregierung und Automobilindustrie setzen perspektivisch vor allem auf automatisiertes und vernetztes Fahren, wozu im Frühjahr 2017 ein neues Straßenverkehrsrecht beschlossen wurde. Bisher wird die öffentliche Debatte vor allem von Sicherheitsbedenken der Bevölkerung gegenüber autonomen Antrieben dominiert, aber viel schwerwiegender dürften die Auswirkungen von Automatisierung und Elektromobilität sein

- *auf den Arbeitsmarkt:* die Substitution von Arbeitsplätzen wird voraussichtlich zuerst bei Fernkraftfahrern wirken, später werden dann Taxifahrer und Kurierfahrer folgen,
- *in Städten:* mehr Raum durch freie Parkflächen; schafft Platz für Wohnen, Parks und Schulen,
- *in der Zulieferbranche:* Elektroautos sind weniger komplex (nur 300 statt 1.500 Teile), womit sich die Zulieferbranche gewaltig verändern wird und neue Anbieter auf dem Markt drängen werden (z.B. Dyson, Google),
- *in der Gründerszene:* Durch Vernetzung und Automatisierung wird neu gedacht; mehr Service, Unterhaltung und Zeit zum Arbeiten,
- *in der Nutzung:* schon jetzt sind Carsharing- und Ridesharing-Konzepte auf dem Vormarsch – ein Prozess, der sich durch Mobilitätsformen im Netz beschleunigen wird.

Zudem ergaben ökonomische Studien, dass durch die Automatisierung der Mobilität (geringere Kosten, steigender Komfort) der Personen- und Güterverkehr zunehmen wird. In den Niederlanden wird dazu bereits eine dynamische Maut diskutiert, welche abhängig von der Nachfrage ist.<sup>33</sup> Diese Maßnahmen sollten auch in anderen Ländern diskutiert werden.

31. vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2017) INVEST - Zuschuss für Wagniskapital. Verfügbar unter: <http://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Dossier/invest.html>

32. vgl. Spiegel Online (2017) Diesen Städten drohen Klagen wegen Luftverschmutzung. Verfügbar unter <http://www.spiegel.de/auto/aktuell/luftverschmutzung-in-diesen-staedten-leitet-die-duh-verfahren-ein-a-1164368.html>

33. vgl. Martin Adler (2017) To prevent autonomous vehicles clogging our cities, we need to talk about road-pricing. Verfügbar unter <http://www.citymetric.com/transport/prevent-autonomous-vehicles-clogging-our-cities-we-need-talk-about-road-pricing-3050>

### VORSCHLAG 9: RICHTIG IN FORSCHUNG & ENTWICKLUNG INVESTIEREN

Mit Blick auf öffentliche Investitionen für Zukunftstechnologien ist es wichtig, dass Mittel nach ökonomischen Leitlinien vergeben werden. In innovativen und hoch-profitablen Märkten, wie etwa dem automatisierten und vernetzten Fahren, bieten sich dem privaten Sektor bereits große Anreize, Investitionen zu tätigen. Nur da wo der Markt versagt oder ineffizient ist, lohnen sich langfristig öffentliche Investitionen, wie etwa beim flächendeckenden Ausbau einer 5G- und Breitbandinfrastruktur auch in ländlichen Regionen, von der weite Teile der Wirtschaft und Bevölkerung profitieren. Dazu gehören auch Anreize für höhere Investitionen und mehr Innovation im Mittelstand durch die Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung.

**„Eine effizientere und nachhaltigere Verwendung der finanziellen Mittel sollten in einem reformierten EU-Haushalt Priorität haben.“**

### VORSCHLAG 10: DEN EU-HAUSHALT REFORMIEREN: AUF NACHHALTIGKEIT UND EFFIZIENZ SETZEN

Durch den Austritt Großbritanniens aus der EU bieten sich für EU-Kommission und EU-Mitgliedstaaten die Möglichkeit ein politisches Moment zu erzeugen, um den EU-Haushalt auf ein neues Fundament zu stellen. Eine effizientere und nachhaltigere Verwendung der finanziellen Mittel sollten in einem reformierten EU-Haushalt Priorität haben. Folgende Vorschläge wären dahingehend prüfbar:

- Ausgaben am europäischen Mehrwert orientieren (u.a. Forschung & Entwicklung, Innovation, Sicherheit); dafür braucht es gesamteuropäische Werte und Zielvorstellungen,
- Strukturförderungsprogramme stärker an Investitionsergebnissen orientieren,
- Gemeinsame Agrarpolitik in „ländliche Entwicklung, Natur und Ernährungspolitik“ transformieren; Agrarsubventionen abschaffen und Mittel für lokale

Investitionsprojekt mit Zielen von mehr Beschäftigung, Umweltschutz und nachhaltiger Produktion umwidmen,

- Die Kriterien klimabezogener Ausgaben in allen Bereichen des Haushalts anwenden,
- Der nächste mehrjährige Finanzrahmen der EU (MFF) sollte Subventionen und EU-Fördermittel für nicht-zukunftsfähige fossile Energien abschaffen und verstärkt erneuerbare Energien, Energieeffizienz und anderen Zukunftstechnologien der Niedrigemissionswirtschaft fördern,
- Die EU sollte ihre Ausgaben für „clean innovation“ verdoppeln – die aktuelle 35% des Horizon 2020 Programms für klimarelevante Projekte sind nicht ausreichend, um eine Transformation der Wirtschaft zu katalysieren,
- Das neue EU-Budget muss auf Synergien zwischen Forschung, Innovation und Markteinführung setzen, insbesondere im Transport-Sektor, wo bereits heute schon die Elektrifizierung und die Digitalisierung Hand in Hand gehen, obwohl die notwendige Infrastruktur in Europa fehlt,
- Das EU-Budget sollte auch dafür verwendet werden, innovativen Technologien durch das „Valley of Death“ zwischen Forschung und Entwicklung einerseits und Markteinführung andererseits zu helfen, z.B. durch eine Neugestaltung der Connecting Europe Facility. Zahlreiche Startups in Europa sind darüber hinaus mit der EU-Förderlandschaft nicht vertraut, weshalb die Unterstützung für die Entwicklung erfolgreicher Projekt-Pipelines gestärkt werden könnte.

### VORSCHLAG 11: LOKALE AKTEURE UND INITIATIVEN AKTIV AN REGIONALEM STRUKTURWANDEL BETEILIGEN

Die klassische Regionalpolitik sollte gestärkt und zugleich ergänzt werden durch partizipative Förderung der Regionen. Zielgerichtete Maßnahmen von Regionalpolitik lassen sich nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg formulieren, sondern nur mit diesen gemeinsam. Die lokale Perspektive braucht ein festes

---

**„Zielgerichtete Maßnahmen von Regionalpolitik lassen sich nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg formulieren, sondern nur mit diesen gemeinsam.“**

---

Mitspracherecht in den anstehenden Transformationsprozessen. Nur auf diese Weise kann langfristig mehr Zustimmung und letztlich Legitimität für den Strukturwandel gewonnen werden. Dafür muss nicht zuletzt die politische Teilhabe lokaler Akteure in Form von partizipativen Entscheidungsprozessen gestärkt werden. Hierfür ist beispielsweise die Einrichtung regionaler Strukturwandelbonds denkbar, die von einem Koordinierungsgremium mit Vertretern der Bundes-, Landes- und Regionalebene sowie aus den Sektoren Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft gemeinsam verwaltet werden. Zum einen lassen sich die Stimme und Vertretung der Betroffenen vor Ort stärken. Zum anderen kann so mit breiter gesellschaftlicher Beteiligung ein nachhaltiges Entwicklungskonzept von der Innovations- bis zur Kulturregion entwickelt werden.<sup>34</sup>

## Fazit

Auch dieses Papier liefert nur im begrenzten Umfang Lösungsansätze für einen strukturellen Wandel in Deutschland und Europa. Es zeigt, dass es keineswegs an Analysen mangelt, doch eine viel größere und wichtigere Aufgabe bevorsteht: dieses und andere Konzepte müssen in ein zukunftsfähiges und progressives Narrativ fließen, welches national und international für Fortschritt, Optimismus und Hoffnung steht. Die Zeiten sind nicht schlechter geworden! Auch wenn es sich für einige so anfühlen mag, geht es den Menschen global und europaweit besser als in der Vergangenheit.

Ein neues Narrativ sollte an den ideologischen Wurzeln des Internationalismus des 20. Jahrhunderts ansetzen, gemeinsame Werte, Menschenrechte, Freiheit, Bildung, Gerechtigkeit, Handel, Klimaschutz und Prosperität für alle betonen, ohne die negativen Auswirkungen der

Globalisierung zu vernachlässigen. Nur so kann inklusives Wachstum erreicht werden. Aber noch ist keine breite Debatte über die Deutungshoheit für das Wirtschaftsmodell der Zukunft und zu zentralen Fragen was inklusives und nachhaltiges Wachstum in Zeiten von technologischen, klimapolitischen und geopolitischen Wandel verspricht und wie dies gleichzeitig gesellschaftlich mehrheitsfähig sein kann, zu beobachten. Die hier liegende Chance sollte stärker genutzt werden.

---

**„Ein neues Narrativ sollte an den ideologischen Wurzeln des Internationalismus des 20. Jahrhunderts ansetzen, gemeinsame Werte, Menschenrechte, Freiheit, Bildung, Gerechtigkeit, Handel, Klimaschutz und Prosperität für alle betonen, ohne die negativen Auswirkungen der Globalisierung zu vernachlässigen.“**

---

Dazu gehört auch, die Organisationsformen politischer Partizipation zu hinterfragen und zu erneuern, alle Bevölkerungsteile in den politischen Diskurs einzubeziehen und Kommunikationsformen zu entwickeln, welche über die eigenen „Filterblasen“ hinaus Ideen und Werte für eine bessere und gerechtere Zukunft transportieren können. Gleichzeitig ist die Gestaltung einer modernen und nachhaltigen Weltwirtschaft durch Europa heute noch möglich, wenn der Umschwung entschieden erfolgt und politisch flankiert wird, so dass auch die potentiellen Verlierer (z.B. Arbeiter in der Kohle- und Schwerindustrie) eine Rolle in der neuen Wirtschaft finden können.

34. vgl. Agora Energiewende (2017) Eine Zukunft für die Lausitz. Elemente eines Strukturwandelkonzepts für das Lausitzer Braunkohlerevier. Verfügbar unter [https://www.agora-energiewende.de/fileadmin/Projekte/2017/Strukturwandel\\_Lausitz/Agora\\_Impulse\\_Strukturwandel-Lausitz\\_WEB.pdf](https://www.agora-energiewende.de/fileadmin/Projekte/2017/Strukturwandel_Lausitz/Agora_Impulse_Strukturwandel-Lausitz_WEB.pdf)

## Der Autor



**Florian Ranft** leitet den Bereich Public Policy und Internationales beim Londoner Think Tank *Policy Network*. Er hat an den Universitäten Potsdam und Greifswald Politikwissenschaft studiert, gelehrt und promoviert. Geforscht hat er in den Bereichen politische Soziologie und internationale Politik für Universitäten, NGOs und internationale Organisationen in Europa, Amerika und Afrika. Aktuell leitet er ein Projekt zur Zukunft der Arbeit in Europa.

### Über das Projekt

Dieses Autorenpapier ist entstanden im Projekt „*Neue Wege zu inklusivem Wachstum – Impulse für die Soziale Marktwirtschaft von morgen*“, welches 2017 vom *Progressiven Zentrum* durchgeführt und vom *Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi)* gefördert wurde. Im Projekt wurden unter Einbindung von VertreterInnen aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Politik, Unternehmen und Gewerkschaften zahlreiche wirtschaftspolitische Fragestellungen diskutiert und im Rahmen von Veranstaltungen und Publikationen die Themen Digitalisierung, Europa und Globalisierung, Strukturwandel sowie Teilhabe am Arbeitsleben unter dem Aspekt inklusivem Wachstum beleuchtet. Die Debatte wird auf [www.inklusives-wachstum.de](http://www.inklusives-wachstum.de) fortgesetzt.

Durchgeführt von:



Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages

### Das Progressive Zentrum

*Das Progressive Zentrum* ist ein unabhängiger und gemeinnütziger Think Tank mit Sitz in Berlin. Ziel des Progressiven Zentrums ist es, gemäß dem Dreiklang „*Vordenken – Vernetzen – Streiten*“ fortschritts- und innovationsorientierte Politikideen in die öffentliche Debatte und auf die politische Agenda zu bringen. Wir wollen dazu beitragen, neue Netzwerke progressiver Akteure unterschiedlicher Herkunft zu stiften und eine tatkräftige Politik für den ökonomischen und gesellschaftlichen Fortschritt mehrheitsfähig zu machen. Dabei beziehen wir besonders junge, verantwortungsbewusste VordenkerInnen und EntscheidungsträgerInnen aus Deutschland und Europa in progressive Debatten ein.

*Dieses Papier ist ein Debattenimpuls im Rahmen des Projekts „Neue Wege zu inklusivem Wachstum“ und spiegelt nicht zwangsläufig die Meinung der beteiligten Organisationen wider.*

### Impressum:

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten des *Progressiven Zentrums* auch in Auszügen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

© Das Progressive Zentrum e.V., 2017

Ausgabe: Dezember 2017

V.i.S.d.P.: Dominic Schwickert  
c/o Das Progressive Zentrum e.V.  
Werftstraße 3, 10577 Berlin

Vorsitzende: Dr. Tobias Dürr, Michael Miebach,  
Katarina Niewiedzial  
Geschäftsführer: Dominic Schwickert

[www.progressives-zentrum.org](http://www.progressives-zentrum.org)  
[mail@progressives-zentrum.org](mailto:mail@progressives-zentrum.org)  
[www.facebook.com/dasprogressivezentrum](https://www.facebook.com/dasprogressivezentrum)  
twitter: @DPZ\_Berlin

Gestaltung: Daniel Menzel, basierend auf einem Design von 4S & Collet Concepts